EUROPA 15.04.2019 | Paul Mason

Frühlingserwachen

Links regierte europäische Metropolen sind die Wiege eines postkapitalistischen Modells – solidarisch und sozial.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Raval, Barcelona, März 2019: Die Straßen sind voll mit jungen Menschen (und nicht nur Studenten). Sie sitzen, nippen an ihren Getränken, blicken mehr auf ihre Laptops als sich gegenseitig in die Augen, unterhalten sich ruhig über Politik, schaffen Kunst und sehen cool aus. Ein Zeitreisender aus der Jugend ihrer Großeltern könnte fragen: Wann ist ihre Mittagspause eigentlich vorbei? Aber sie ist nie vorbei, da sie für die meisten vernetzten Menschen nie wirklich beginnt. In den Industriestaaten wirken große Teile der urbanen Wirklichkeit wie eine unendliche Verlängerung von Woodstock – aber was wirklich geschieht, ist die Entwertung von Kapital.

Natürlich gibt es irgendwo am Rand der großen Städte auch einen Finanzbezirk, wo disziplinierte Menschen in Einheitskluft frenetisch ihrer an Arbeit erinnernden Tätigkeit nachgehen und, in ihrer wenigen Freizeit, im Fitnessstudio trainieren, damit das Adrenalin niemals zu fließen aufhört. Aber nur zwanzig Jahre nach der Einführung der Breitbandverbindungen und 3G-Datentarifen ist das soziale Leben überall von Informationen bestimmt: Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit wurden verwischt und die Verbindung zwischen Arbeit und Lohn hat sich gelockert. Außerdem ist der Zusammenhang zwischen der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf der einen und der Anhäufung von Kapital auf der anderen Seite nicht mehr so offensichtlich.

Fragt man einen Ökonomen des Mainstream, was da gerade geschieht, wird er vielleicht etwas über „Konsum“ oder „Freizeit“ sagen. Laut der These des Postkapitalismus geht es dabei aber um mehr: Die digitalen Netzwerke, von denen schumpeterianische Ökonomen annahmen, sie würden eine neue dynamische Ära des Kapitalismus einläuten, haben stattdessen begonnen, traditionelle Muster zu zerstören – und dies auf vier erkennbare Arten:

Erstens ist da der Nullgrenzkosteneffekt, der bedeutet, dass die Produktionskosten von Informationsgütern unter den Bedingungen des freien Marktes und Wettbewerbs gegen Null gehen – und damit auch die Produktionskosten bei Herstellung und Dienstleistungen fallen.

Zweitens besteht das Potenzial einer erheblichen Automatisierung der physischen Arbeit – die, je nach Untersuchung, 47 Prozent der Arbeitsplätze oder 43 Prozent der Aufgaben betrifft.

Drittens ist der Netzwerkeffekt zu nennen, den Technologieunternehmen in Form „steigender Skalenerträge" erleben. Netzwerke erzeugen enorme positive externe Effekte, bei denen die Eigentumsrechte am produzierten Nutzwert nicht durch eine fabrikartige Trennung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorherbestimmt sind.

Und schließlich bleibt die mögliche Demokratisierung der Informationen selbst. Einen Fehler, der heute abend in einer Software gefunden wird, kann man bis morgen früh bei jeder Kopie dieser Software reparieren. Und ein Fehler bei Wikipedia kann durch die Intelligenz der Nutzer sofort erkannt und korrigiert werden.

Das postkapitalistische Projekt beruht auf der Annahme, dass diese technologischen Effekte die bestehenden sozialen Beziehungen einer Marktwirtschaft in Frage stellen – und langfristig eine neue Art von System möglich wird, die ohne Markt auskommt und jenseits von Knappheit funktionieren kann.

Um sich vor den preiszerstörenden Effekten von Informationsgütern zu schützen, wurden die mächtigsten Monopole geschaffen, die es jemals gab. Sieben von zehn der nach Marktkapitalisierung größten Konzerne sind Technologiemonopolisten.

Aber der Markt hat während der vergangenen zwanzig Jahre auf diese Entwicklung – in einer Art Selbsterhaltungstrieb – mit semipermanenten Verzerrungen reagiert, die laut neoklassischen Ökonomen eigentlich vorübergehend sein sollten. Um sich vor den preiszerstörenden Effekten von Informationsgütern zu schützen, wurden die mächtigsten Monopole geschaffen, die es jemals gab. Sieben von zehn der nach Marktkapitalisierung größten Konzerne sind Technologiemonopolisten. Sie vermeiden Steuern, verhindern Wettbewerb durch den Kauf von Konkurrenten und bauen

„geschlossene Plattformen“ kompatibler Technologien, um auf Kosten der Anbieter, der Kunden und (über Steuervermeidung) auch der Staaten ihre Gewinne zu maximieren.

Da Informationsmaschinen schneller Menschen ersetzen als neue und qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen, sind Millionen gering bezahlter Jobs entstanden, die es eigentlich nicht geben müsste. Statt die Arbeit in kleine Pakete zu unterteilen, um die Produktivität zu maximieren, wurde die Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit verwischt. So werden heute Konsumaktivitäten (Urlaubsbuchung, Verabredung, Kommunikation zwischen Freunden) innerhalb der Arbeitszeit toleriert, da dies den Konsum steigert und die maximale Produktion persönlicher Daten erlaubt.

Als Antwort auf die Netzwerkeffekte ist mit dem Plattformmonopol ein neues Modell entstanden, das viele Milliarden an Offshore-Kapital anzieht, die anderswo nicht produktiv investiert werden können. Das gesamte Unternehmensmodell solcher Konzerne besteht darin, wirtschaftliche Renditen unter Druck zu setzen und die klassische Konkurrenz zu ersticken, die im Fall von Mitfahrdiensten aus den traditionellen Taxiunternehmen und der städtischen Regierung besteht.

Phänomene wie Monopole, Unterbeschäftigung, Renditestreben und Informationsasymmetrien scheinen im 21. Jahrhundert zu dauerhaften Merkmalen des privaten Sektors geworden zu sein.

Um sich gegen die demokratischen Effekte der Informationstechnologien abzuschirmen, wurden riesige und weiter wachsende Informationsasymmetrien erzeugt. Und dieser vierfache Prozess der Konsolidierung und Verknöcherung konnte bisher weder durch Wettbewerb noch durch Regulierung aufgehalten werden. Phänomene wie Monopole, Unterbeschäftigung, Renditestreben und Informationsasymmetrien, die von klassischen Ökonomen als vorübergehend betrachtet wurden, scheinen im 21. Jahrhundert zu dauerhaften Merkmalen des privaten Sektors geworden zu sein. Statt einer vierten industriellen Revolution ist ein parasitärer, dysfunktionaler Informationskapitalismus entstanden, dessen Monopolgewinne und wettbewerbsfeindliches Verhalten so eng mit dem System verwoben sind, dass sie nicht reguliert werden können.

In den Städten des Mittelalters waren die embryonalen Formen der bürgerlichen Gesellschaft so gut wie unsichtbar. Im Paris des 14.

Jahrhundert zur Zeit von Etienne Marcels Revolte lag die Macht bei den großen *hôtels* der provinziellen Feudalherren, den Klöstern, den Myriaden von Kirchen und den Universitäten. Gemeinsam bildeten sie eine Maschine zur Verwaltung und Legitimierung des Reichtums, der auf den Landgütern erwirtschaftet wurde. Das grenzüberschreitende Bankwesen war gewissermaßen ein Geheimdienst, dessen Speicherdepots und komplexe Termingeschäfte vom Segen der Kirche abhingen, um das Wucherverbot zu umgehen. Sogar die *Bourgeoisie* selbst weigerte sich, Marcel bei seinem Versuch zu unterstützen, den König der Rechtsstaatlichkeit zu unterwerfen – so fremdartig erschien dieses Konzept damals.

Aber da wir heute wissen, was aus dem Feudalismus geworden ist, können wir die Zünfte, die Proto-Banken, die grenzüberschreitenden Handelsnetzwerke und das wissenschaftliche Denken an den mittelalterlichen Universitäten als eine Art „Kapitalismus im Frühstadium“ erkennen.

Kehren wir nun zu der Szene in Barcelona zurück, bekommen die mikrokosmischen Veränderungen des Alltagslebens eine neue Bedeutung. Die Freizeit ist eine Folge von Unterbeschäftigung. Damit die Menschen durch Zinszahlungen, Apps und E-Commerce weiterhin das Kapital bedienen können, müssen sie einen Arbeitsplatz, eine Kreditkarte und ein Mobiltelefon haben – unabhängig davon, wie arm sie sind. Der unterbeschäftigte, arme, gut informierte junge Mensch verkörpert das Problem, aber auch die mögliche Lösung.

Barcelona brachte externe Dienstleister dazu zu akzeptieren, dass Daten nicht das kostenlose Eigentum von Technologiegiganten sind, sondern öffentliche Güter.

Die Menschen kommen mit ihren, von David Graeber so genannten „Bullshit-Jobs“ zurecht, indem sie Arbeit und Freizeit verschwimmen lassen und genügsam leben – denn obwohl die Monopole hohe Preise für ihre Waren verlangen, ermöglicht es der Nullgrenzkosteneffekt, die Grundbedürfnisse günstig zu decken. Die meisten Menschen verwenden quelloffene oder sehr billige Software, ohne dies überhaupt zu wissen. Außerdem liefern die Monopole uns für das Recht, unsere persönlichen Daten auszubeuten, kostenlose Informationen. Wir leben, indem wir renditehungrige Monopole bedienen: Uber, Airbnb oder Tinder.

Diese Art von Leben kann man in allen großen Städten beobachten. Aber ich habe Barcelona als Beispiel gewählt, da die Stadt ebenso wie

Amsterdam und einige andere selbsternannte „furchtlose Städte“ momentan eine linke Regierung hat, die das Potenzial dieser Entwicklung erkennt – das in einer Wirtschaft liegt, die von quelloffener Software und Informationssymmetrie bestimmt ist und ohne Monopole oder wirtschaftliche Renditen auskommen kann.

Unter Ada Colau, die nach der Leitung einer Wohnrechtsbewegung Bürgermeisterin wurde, setzte die Stadt vier Jahre lang 22 Beschäftigte und 16 Millionen Euro dafür ein, eine soziale, kooperative und solidarische Wirtschaft zu fördern. Leitende Verwaltungs- und Expertenjobs wurden an Hacker, Wohnaktivisten und Umweltschützer vergeben.

Mit ihrem Beschaffungsbudget in Höhe von einer Million Euro jährlich brachte die Stadt externe Dienstleister dazu, das Prinzip zu akzeptieren, dass Daten nicht das kostenlose Eigentum von Technologiegiganten sind, sondern öffentliche Güter. Da die Stadt bewusst alternative Eigentumsformen fördert und lokale, kooperative Technologieunternehmen gegenüber multinationalen Konzernen bevorzugt, gibt es dort bereits über 4800 registrierte Kooperativen.

Betrachtet man das Verhalten junger Menschen, die in einer völlig digitalisierten Welt aufgewachsen sind, erkennt man einen ähnlich neuen Geist.

All dies wirkt genau so unspektakulär und zerbrechlich wie der frühe Kapitalismus inmitten der Pracht des Spätfeudalismus. Um diese zarten Anfänge in eine größere Bewegung zu verwandeln, brauchen wir zunächst eine Revolution der Regierungsinterventionen: Der Staat muss die Entstehung eines quelloffenen, kollaborativen und marktfreien Wirtschaftssektors explizit fördern. Zweitens müssen diese alternativen Formen der Geschäftsmodelle skalierbar werden – damit ihre Erfahrungen als Drag-and-Drop-Lösungen für Startups verwendet werden können. Drittens muss es Finanzierungsmöglichkeiten geben, wenn auch auf andere Arten als jene, die bei Technologie-Startups üblich sind. Und schließlich brauchen wir eine Revolution der menschlichen Einstellung.

In Max Webers *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* findet sich eine brilliante Passage, in der er die Entnahmestelle des Industriekapitals beschreibt: Ein junger Mann aus einer der „Verlags“-Familien im Textilhandel unterwarf seine ländlichen Arbeiter einer strengen Disziplin, bemühte sich um Skaleneffekte durch Expansion und

schaltete alle Zwischenhändler aus. Auf diese Weise brach das idyllische Leben der ländlichen Spinner und Weber zusammen. Weber schließt daraus: „Es war in solchen Fällen in der Regel nicht etwa ein Zustrom neuen Geldes, welcher diese Umwälzung hervorbrachte … sondern der neue Geist, eben der „Geist des modernen Kapitalismus“, der eingezogen war.“

Betrachtet man das Verhalten junger Menschen, die in einer völlig digitalisierten Welt aufgewachsen sind, erkennt man einen ähnlich neuen Geist. Der *Bourgeois* würde es Nutzlosigkeit nennen, und die großen Konsummarken nennen es „Prosum“. Schaut man sich aber in einem besetzten Haus, einem kooperativen Arbeitsraum oder einem staatlich finanzierten Kunstatelier einer dieser Städte um, sieht man stattdessen, dass es sich – ganz bewusst – um eine neue Methode handelt, „trotz“ dieser impliziten Annahmen der traditionellen Wirtschaft zu leben.

Natürlich gab es in den reichen Ländern bereits vor den 2010er Jahren die Gegenkultur der auf Kooperation und „Solidarität“ beruhenden Wirtschaftsmodelle. Allerdings hätte sich zu dieser Zeit wohl kaum jemand für eine staatliche Förderung dieser neuen Form wirtschaftlichen Lebens eingesetzt. Aber ebenso wie beim frühen industriellen Kapitalismus ist dies genau das, was nötig ist: ein Projekt, um den Kapitalismus so zu regulieren, dass die neuen gemeinschaftlichen, nicht profitorientierten und nicht durchfinanzierten Unternehmensmodelle nicht im Keim erstickt, sondern gefördert werden.

Im nächsten Beitrag werde ich untersuchen, was die Staaten und Städte zu tun begonnen haben, um diesen Wandel zu fördern. Ich werde argumentieren, dass dieses Projekt – ebenso wie beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus – nicht nur rechtlicher oder regulatorischer Natur sein kann. Vielmehr müssen wir dazu nicht weniger als die Art verändern, wie wir über Zeit, Kultur, Knappheit und Überfluss denken.

Aus dem Englischen von Harald Eckhoff.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Veröffentlichung von Social Europe *und dem* IPS-Journal.



Paul Mason
London

Paul Mason ist Autor und Fernsehjournalist. Sein Buch *Postkapitalismus: Grundrisse einer kommenden Ökonomie* erschien 2016, *Klare, lichte Zukunft – Eine radikale Verteidigung des Humanismus* erschien 2019.

-